



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ein sozialpolitischer Rückblick in die deutsche Geschichte : (Schluß)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ein sozialpolitischer Rückblick in die deutsche Geschichte

(Schluß)



n der Niederlage von Thauß 1431 gegen die Hussiten zeigt sich offenkundig die Ohnmacht des Reichs, und von da beginnt das unaufhaltsame Sinken. In demselben Jahre erheben sich zum erstenmale die armen Leut, und von nun an zeigt sich die pessimistische Stimmung häufig genug in dem Wunsche, „hussitisch“ oder „schweizerisch“ zu werden. Der päpstliche Legat berichtet über diese Bewegung nach Rom, „es sei zu besorgen, daß die Laien nach Art der Hussiten gegen den ganzen Klerus losbrechen.“ Es war klar, daß sich eine tiefe Revolution vorbereitete. J. G. Droysen charakterisirt die öffentlichen Zustände folgendermaßen: „Auf Treue und Pflichtgefühl rechnete niemand mehr, sie wurden von oben und von unten nicht mehr gefordert. Zu helfen war nur durch tiefe Umwandlungen; in den Herzen der Menschen mußte es anders werden, der Einzelne mußte aus dem niedrigen Kreis seiner Selbstsucht und Gier emporgerissen werden, es mußte in ihm selbst das Gefühl der Verantwortlichkeit und der Pflicht, das Bedürfnis der Erhebung und Versöhnung entzündet werden. . . . Die öffentliche Macht mußte durchgreifen, den Schwachen zu schirmen, und jedem das Seine zuweisend allen gerecht zu werden. . . . Was sollten aber die Rechte der geistlichen und weltlichen Herren, wenn der wesentliche Teil der entsprechenden Verpflichtungen bedeutungslos geworden war?“

Nur auf dem religiösen Gebiete gelangte die große Bewegung zum Siege, auf dem feudalen und gewerblichen unterlag sie zunächst und konnte erst Jahrhunderte später unter dem Schutze der erstarkten Territorialherren durchgesetzt werden. Es ist das Verdienst der größten Hohenzollern, sich unter den Landesherren zuerst und am entschiedensten an die Spitze dieser Bewegung gestellt zu haben. Ihrem Einwirken ist es nächst der Reformation zuzuschreiben, daß sich in Deutschland der Umschwung auf dem Wege der Reform, nicht wie in Frankreich in einer furchtbaren Revolution vollzogen hat. Auch auf dem kirchlichen Gebiet war es weniger die dogmatische, als die hierarchische und wirtschaftliche Seite, in der sich alle Wünsche und Bestrebungen vereinten; man erkennt dies aus den Pfaffenzänkereien der neuen Kirche und der innern Reform der alten im Tridentiner Konzil.

In der kirchlichen Verfassung Deutschlands hat die eindringende Geldwirtschaft die Durchschneidung und Aufteilung des kirchlichen Genossenschaftsvermögens bewirkt. Mehr und mehr bildet sich das Pfründnerwesen mit allen seinen Mißbräuchen aus: die reichen Obern ziehen die Einnahmen, elende Bikare besorgen deren Amtspflichten. Infolge davon zeigt sich die Neigung zu Sekten, die als Kezerei von der kirchlichen Aristokratie in brutalster Weise unterdrückt werden. Hat es sich im Investiturstreit wesentlich darum gehandelt, die finanzielle Grundlage der Kirche den Eingriffen der Laien zu entziehen, so beansprucht in späterer Zeit der Papst die Verfügung über die Pfründen und das ganze Kirchenvermögen. In den großen Konzilen protestiert die Kirche gegen den Machtanspruch der Kurie, daß der Papst die Kirche sei; durch den Verrat des Kaisers am eignen Reich geht der Papst in Deutschland siegreich aus diesem Streit hervor. Nun wird von Rom aus nicht nur die deutsche Kirche, sondern das Volk direkt ausgebeutet; diese Ausbeutung in der Form des Ablasses giebt dann auch den Anlaß zur Empörung gegen das ganze Kirchenregiment.

Die Anhänger der kirchlichen Reformen waren keineswegs gesonnen, außerhalb der alten Kirche zu stehen, aber die römische Kirchenherrschaft ließ diese Reformen nicht zu. Vor allem war es der ungeheure Güterbesitz der Kirche und der frevelhafte Mißbrauch dieses Besitzes, der die Gegenströmung immer mehr wachsen ließ. Selbst Zanssen giebt zu, das Streben der geistlichen Herren, ihren unermesslichen Besitz immer noch zu vergrößern und ihren Reichtum und Überfluß durch Pracht und Luxus zu offenbaren, habe die Unzufriedenheit über die sozial-kirchlichen Zustände auch bei denen fortwährend gesteigert, die keineswegs gewillt gewesen seien, sich von der Kirche und ihren Lehren zu trennen. Wie arg die Zustände waren, mag man der einen Thatfache entnehmen, daß die Äbtissin von Gandersheim nach Rom reisen und dabei stets ihr Nachtlager auf eignem, ihrem Stift gehörigen Grund und Boden nehmen konnte. Die Notwendigkeit der Kirche ward nirgends bestritten, die Geistlichen sollten ihre „ziemliche Notdurft“ erhalten, aber nicht auf Kosten des Volkes schwelgen. Auch bei Zanssen ist das Gesamtergebnis rund und nett in den Worten enthalten: „die obern Klassen, die über ihren Rechten ihre Pflichten vernachlässigten, bewirkten die Auflehnung der untern Klassen.“

3. Hand in Hand mit der antiklerikalen Strömung geht die antifeudale. Trotzdem daß die zwölf Artikel der Bauern nach Rantes bekanntem Ausspruch nicht über die gesunde Vernunft hinausgingen und nur forderten, was man ihnen nach Recht und Billigkeit niemals hätte verweigern sollen, wurde die Bewegung mit blutigster Strenge niedergeschlagen und unterdrückt.\*)

\*) Die Neugestaltung des Verhältnisses von Gutsherr und Bauer war notwendig geworden, sie vollzog sich unter dem frischen Eindruck einer niedergeworfenen Empörung. Eine fürchterliche

War das Schicksal des Bauern im fünfzehnten Jahrhundert schlimm gewesen, so wurde es im sechzehnten und siebzehnten noch viel schlimmer. Auch die Hohenzollern, die mit Friedrich I. und II. in rechter Weise in der Mark einsetzten und eine gerechte und über allen Parteien stehende Staatsgewalt begründeten, erscheinen der Richtung ihres Hauses zeitweise entfremdet. Hatte sich unter Friedrich I. ein Oberbeamter geweigert, eine neue landesherrliche Verfügung zu veröffentlichen, weil sie „wider die Unterthanen und ganz zu Gunsten der Prälaten und Edelleute sei“ — worauf der Landesherr die Verfügung zurücknahm —, so wandten sich die Dinge unter Joachim II. und Johann Georg zum schlimmsten. Der unwirtschaftliche Joachim II. geriet eben durch seine Unwirtschaftlichkeit in volle Abhängigkeit von seinen Ständen, gegen die Übernahme seiner Schulden gewährt er 1540 dem Adel das Recht, die Bauern gegen Entschädigung zu „legen.“ Nach seinem Tode werden auf dem Landtage von 1572 gegen abermalige Übernahme der vorhandenen Schulden die gutsherrlichen Rechte noch weiter ausgebildet. Der Adel darf das Gutsfeld auf Kosten der Wald- und Bruchhütungen, die für den Viehstand der Bauern unentbehrlich waren, vergrößern, sodann sollen die Bauern zur Frohnarbeit angehalten werden, ohne daß eine Grenze der bäuerlichen Dienste festgesetzt zu werden braucht. Auf diesem Landtage hat der Adel die bis dahin angemessenen Befugnisse und tatsächlich geleisteten Dienste der Bauern durch den Kurfürsten Johann Georg als Recht zugesprochen erhalten, während er die dafür übernommene finanzielle Leistung abzuwälzen wußte. Die Bauern sind mediatisirt und tragen die ganze Last. Im siebzehnten Jahrhundert wird die bäuerliche Sklaverei gar theoretisch gepriesen aus Gründen der „Wohlfeltheit, der Arbeitswirksamkeit und der Staatsfinanzen.“ Infolge dessen wird aus den Bauern ein „wild, hinterlistig und ungezähmt Volk.“ Ist es zu verwundern, daß die ländliche Bevölkerung, als das äußere Unglück im dreißigjährigen Kriege hereinbricht, in stumper Teilnahmslosigkeit verharrt oder dem unmenschlichen Druck der heimischen Sklaverei das ungebundene Soldatenleben vorzieht und der Werbetrommel nachläuft? In dem Jahrhundert von 1540 bis 1640 hat der nordostdeutsche Adel den Grund zu seiner bevorrechteten Stellung im preussischen Staate gelegt. Unlösbar erschien die Aufgabe, die der Große Kurfürst übernahm, auf allen Gebieten lagen die schwierigsten Verhältnisse vor, eine Übereilung konnte alles zum Scheitern bringen. Schritt für

Reaktion folgte. Alle bäuerlichen Reformen fielen zweihundertjähriger Vertagung anheim, es treten positive Verschlechterungen ein: ungemessene Frohnden, Überbürdung des Bauernstandes mit allen Staatslasten, Entstehung der neuern Leibeigenschaft, Legung ganzer Bauerndörfer. Mangels eines rechten Führers auf dem Thron war eine hoffnungsvolle Reformbewegung zur wilden Revolution geworden. Die darauf folgende Verkümmern und Demoralisierung des Bauernstandes vergiftete das ganze Volksleben und war der Kern der Krankheit, an der Deutschland über zweihundert Jahre gelitten hat. (Moscher, Gesch. der Nationalökonomie.)

Schritt mit unendlicher Geduld und Ausdauer mußten Erfolge der äußern Politik die innern Verhältnisse festigen, während wieder nur die Lösung der innern Aufgaben die Mittel für die Aktion nach außen gewähren konnte. So ist es nur natürlich, daß entscheidende Schritte zu Gunsten der Bauern erst von seinen Nachfolgern unternommen werden konnten. Als die äußern Verhältnisse das Zusammenhalten aller Kräfte des Staats und ihr freudiges Mitthun immer energischer fordern, da drängt die Bauernfrage immer zwingender zu ihrer Lösung. Die französische Geschichte des siebzehnten Jahrhunderts wurde die Lehrmeisterin der preußischen Könige des achtzehnten.<sup>\*)</sup> Der Hauptgrund des von Richelieu gewonnenen Übergewichts im europäischen Staatensystem war, daß er die innern (konfessionellen) Gegensätze im Interesse der Staatseinheit und Staatsmacht zurücktreten ließ, während sie von den Habsburgern noch als Hauptsache festgehalten wurden. Der schwerste Fehler Ludwigs XIV., der alle seine äußern Projekte scheitern ließ, war es dann gewesen, daß er diese innere Einheit nicht aufrecht erhalten hatte. Mit der Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 hatte er sich selbst seiner besten Kräfte beraubt und die seiner Gegner verstärkt; von diesem Zeitpunkt an datirt der Umschwung in den Geschicken Frankreichs und Europas.

Die Grenzboten haben die Bauernbefreiung in Preußen schon in ihren Hauptzügen dargestellt; Knapp, einer der besten Kenner, nennt in seinem grundlegenden Werk die Bauernbefreiung geradezu die soziale Frage des achtzehnten Jahrhunderts. Trotz aller Bemühungen haben Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große nur dem Weitergreifen der vorhandenen Übelstände zu steuern vermocht. Gegen Ende des Jahrhunderts war alles wieder im alten Schlandrian, und erst der völlige Niederbruch von 1806 führte der Regierung die unerbittliche Notwendigkeit vor Augen, durch Fürsorge für die untern Klassen das ganze Volk gegen die äußern Feinde zu vereinigen. Die alte Staatsverfassung war nur zu Gunsten der herrschenden Klasse gewesen, für die untere Klasse gab es keine andre Hoffnung als die Macht und den Willen des Landesherrn, sie zu vertreten. Der Staat fordert seine Bedürfnisse kraft seiner Pflicht, das Erforderliche muß geleistet werden, dafür ist die altrömische Tribunengewalt auch ein wesentlicher Teil dieser Staatsmacht, wie sich das in dem Spruche des Großen Kurfürsten: *pro Deo et populo* ausdrückt. Nachdem die Pflichten der feudalen Machthaber auf das königliche Offizierkorps und Beamtentum übergegangen waren, waren auch ihre politischen Sondervorrechte — ihre Privilegien — nicht mehr gerechtfertigt. Freilich waren die Bevorrechteten geneigter, auf jene, als auf diese zu verzichten. Für den Herrscher handelte es sich darum, nicht nur das Rechte zu wollen, sondern es auch auf

<sup>\*)</sup> Friedrichs des Großen *Histoire de mon temps* ist eine Nachbildung und Fortsetzung von Voltaire's *Siècle de Louis XIV.*

die rechte Weise zu wollen. Er durfte nicht nur siegen und Widerstrebende niederwerfen wollen, sondern er hatte die weit schwierigere Aufgabe, die Gegensätze auszugleichen, die Besiegten zu versöhnen und emporzuheben. Nur ein nationaler Monarch vermochte sein hohes Amt von dieser Höhe der Pflichtauffassung aus zu begreifen. Von dem Großen Kurfürsten ist es bekannt, daß oberflächliche Beurteiler ihn für abhängig von seinen Räten hielten, weil er ihre Ansicht jederzeit anhörte; nur „passionirte Ratschläge“ durfte niemand vorbringen. Ein feinerer Beobachter weiß von ihm zu berichten, „dem Mißtrauen in sein eignes Urtheil und der Festigkeit bei Ausführung des Beschlossenen schreibt man sein großes Glück zu.“ Sehr bezeichnend ist das Verhalten des Großen Kurfürsten bei entgegretretendem Widerspruch. Es wird berichtet, daß er 1680 in die Sitzung seines Geheimrats getreten sei, seine Meinung über eine Frage in bestimmter Weise sofort ausgesprochen und hinzugefügt habe, er halte jeden für einen Verräther, der einen andern Rat zu erteilen wage. Der Oberpräsident — ein Schwerin rühmlichen Andenkens — habe darauf sofort erklärt, Seine Kurfürstliche Gnade habe durch das eben gesagte seinen getreuen Räten keineswegs die Freiheit nehmen wollen, ihre Überzeugung auszusprechen. Darauf begründet er die entgegengesetzte Ansicht, und nach weiterer Debatte schließt sich der Kurfürst ihm an. Demgegenüber ist das Urtheil eines Gewalthabers vom Schlage Napoleons in Bezug auf seine obersten Beamten und Minister: *la trahison a déjà commencé, quand ils se permettent de douter, et elle est complète, lorsque du doute ils vont jusqu'au dissentiment.*

4. Mit dem Durchdringen der Geldwirtschaft hat in den westeuropäischen Staaten das Bürgertum so an Bedeutung gewonnen, daß es überall in die Reihe der politisch führenden Stände getreten ist. Seine politische Macht beruht auf seiner wirtschaftlichen Tüchtigkeit, und diese auf Handel und Industrie. Es ist häufig genug darauf hingewiesen worden, daß die Sozialdemokratie unsrer Zeit in engster Beziehung zur Industrie und zur Manchesterlehre steht, sie ist in der That die Reaktion gegen die schrankenlose Ausbeutungsfreiheit des wirtschaftlich Mächtigen. Man darf sich durch diese Thatsache nicht zu leeren Deklamationen über die Schlechtigkeit der neuen Machthaber hinreißen lassen; die bürgerliche Großindustrie folgt hierin der natürlichen Entwicklung der Dinge, wie sie von Schmoller auf einem ganz andern Gebiete bezeichnet worden ist. „In der Regel vollziehen sich — sagt er in Bezug auf das Heerwesen — die großen Fortschritte in der staatlichen Arbeitsteilung nicht anders als durch tastende Versuche und Mißbräuche hindurch; und der regelmäßigste Mißbrauch ist der, daß jeder neu sich loslösende, sich selbständig organisirende Zweig politischer oder staatlicher — auch wirtschaftlicher, wie wir hinzufügen — Thätigkeit sich zunächst ganz selbständig zu machen, ohne Rücksicht auf das Ganze, nur nach seinen nächstliegenden technischen und praktischen Gesichtspunkten, nach dem Klasseninteresse seiner Träger sich auszubilden sucht. Dieser

Gefahr unterlagen die Kommunalbehörden, unterlagen die Finanz-, die Polizei- und auch die Justizbehörden zeitweise. Dieser Mißbrauch ist es, der das Heerwesen des dreißigjährigen Kriegs charakterisirt; mit diesem Mißbrauch hängt aber andererseits ein gewisser technisch-militärischer Fortschritt, hängt die Ausbildung von militärischen Formen zusammen, die später in andrer Verbindung mit dem politischen und sozialen Leben sich als brauchbar bewährt haben.“ Der hier bezeichneten Gefahr ist auch die Industrie zweifellos unterlegen, das Manchesterthum ist nur zu geneigt, in dem Menschen ein zweibeiniges Wesen zu sehen, dessen Bestimmung es ist, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen. Nachdem die bedrückte Arbeiterschaft die allgemeine Aufmerksamkeit auf die entstandnen Mißstände gelenkt hat, ist es selbstverständlich Sache der Staatsgewalt, dafür zu sorgen, daß die Bedeutung dessen, was die Klassen unsers Volkes von einander trennt, nicht etwa größer werde, als was alle Volksklassen von fremden Völkern trennt. Die internationalen und kosmopolitischen Phantastereien der Arbeiterklassen wollen wir ihnen nicht gar so hoch anrechnen; das ist eine deutsche Untugend, die ihnen lange genug von den andern Klassen vorgemacht worden ist, erst von der Ritterschaft, dann vom Bürgertum. Wenn das Bürgertum das Eigentum lange als unverletzliches Heiligtum erklärt hat, so ist ein ebenso schroff ausgedrückter Gegensatz ja verständlich; in der Praxis hat der Staat als organisirte Gesamtheit längst den richtigen Mittelweg eingeschlagen und sich das Recht der Expropriation gegen Entschädigung gewahrt. Es ist denen, die kein Eigentum besitzen als ihrer Hände Arbeit, gewiß nicht zu verdenken, wenn sie diese Arbeit für ebenso wertvoll, ebenso heilig halten, wie den zufällig mit dem Menschen verknüpften Besitz, ja es ist unbedingt anzuerkennen, daß die redliche Arbeit jeder Art überhaupt das Grundprinzip eines jeden gefittigten Volkstums ist.

Daß eingefleischte Plutokraten vom Schlage des Herrn von Stumm uns sozialistische Gesinnung, Beförderung der Sozialdemokratie vorwerfen werden, soll uns nicht anfechten. Wir wissen, daß alle volkstümlichen Bewegungen stets mit form- und haltlosem Ungehum vermischt waren und fast niemals von vornherein klare politische Ziele verfolgten: deshalb darf ihnen aber noch nicht ohne weiteres ein berechtigter Kern abgesprochen werden. Wir wissen aus der Geschichte, daß es nichts unpolitischeres giebt, als bei solchen Dingen die gemäßigten Reformer kurzerhand mit den Fanatikern zusammenzuwerfen, so „schneidig“ das auch dem oberflächlichen Blick erscheinen mag. Nach den Ausführungen des vorigen Abschnitts wird es niemand verwundern, wenn wir unsre Ansicht dahin zusammenfassen, daß wir glauben, in keinem Lande der Welt seien so günstige Aussichten vorhanden, um aus den gegenwärtigen sozialen Nöten herauszukommen wie in Deutschland, weil kein andres eine so starke und nationale Monarchie besitzt. Gerade die nationale und konstitutionelle Monarchie, die monarchische Initiative mit populärem Eifer vereint,

kann am ehesten die mittlere, dem Ganzen zuträgliche Linie halten und das Volk einer bessern Zukunft entgegenführen, wenn sie sich das allgemeine Vertrauen bewahrt.

Dazu gehört nun freilich, daß die Ruhepause in der innern Entwicklung nicht zu lange ausgedehnt wird. Der sozialdemokratischen Verhegung entgegenzuwirken ist nichts besser geeignet, als bei den Ruhigen und Leidenschaftslosen das Gefühl hervorzurufen und zu stärken, daß der Staat sich um ihre Nöte bekümmert und ihnen Gerechtigkeit widerfahren läßt. Vollständige und zeitgemäße Reformen werden sicher wie in den frühern sozialen Zeitabschnitten auch diesmal die Massen den vermaledeiten politischen Rattenfängern und gewissenlosen Demagogen entreißen, denn an der Vaterlandsliebe, Königstreue und Tüchtigkeit der Masse des deutschen Volkes wollen wir ebenso wenig zweifeln wie an der Einsicht der Regierenden. Die nächsten Reformmaßregeln sind schon klar erkennbar und haben sich in den Grenzboten und andern Blättern nationaler Farbe und mittlerer Richtung oft genug zu bestimmten Vorschlägen verdichtet. Für die Vertretung der Interessen der nationalen Arbeit in dem innersten Räte der Staatsregierung erachten wir die Errichtung eines Reichsarbeitsamts mit einem Staatssekretär an der Spitze durchaus für notwendig. Außer dem Versicherungswesen würde zu dem Bereiche dieses Arbeitsamts die Fabrikinspektion, der Arbeitsnachweis, die Vorbeugung von Streiks und bei ausgebrochnen Streiks die unparteiische Feststellung des Thatbestands und die rasche Beilegung gehören. Weitere Aufgaben werden sich finden und von der künftigen Entwicklung der Verhältnisse abhängen. Das wichtigste ist, daß der Regierung auch nicht mit dem Schein der Berechtigung der Vorwurf gemacht werden kann, sie übe ihre Macht zum Vorteil gewisser Klassen. Die Notwendigkeit einer starken Regierungsmacht überhaupt kann vernünftigerweise von niemand bestritten werden. Die deutsche Arbeiterschaft ist noch heute ein treuer, fleißiger und braver Teil unsers Volkes und wird sich bei Befriedigung ihrer gerechten Forderungen auch wieder von den sozialdemokratischen Verführern und deren offenbaren Unsinnigkeiten abwenden.

Einig im Innern ist das deutsche Volk stark genug, allen Gefahren, die von außen her drohen können, zu begegnen. Ist es das, so hat es nur Gott und sonst nichts auf der Welt zu fürchten!

